

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder
sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Zur Akkordarbeit.

Mit der Akkordarbeit haben wir uns an dieser Stelle schon oft beschäftigt, in sehr eingehender Weise in den Nummern 10, 11 und 12 des 13. Jahrgangs (1899). Es wurde darin ausgeführt, daß die Akkordarbeit weder dem einzelnen Arbeiter noch der Arbeiterklasse wirkliche und dauernde Vorteile bietet, daß die vielgerühmten Vorzüge derselben nur scheinbar vorhanden seien und durch die offensichtlichen Nachteile weit überwogen werden. Daraus resultiert, daß unsere Kollegen an der Forderung festhalten müssen: „Ab Abschaffung der Akkordarbeit“, wenn auch zugegeben werden mußte, daß man Zweifel erheben darf, ob es jemals möglich sein wird, die Akkordarbeit vollständig zu beseitigen; erst mit der Beseitigung des Lohnsystems überhaupt wird auch sie fallen. Doch dürfen wir uns bis dahin nicht verkräften, sondern müssen immer und überall die Akkordarbeit bekämpfen; diese erhöhe den gegenseitigen Konkurrenzkampf der Produzenten und zwingt durch die Gefahr einer fortgeschrittenen Lohnreduzierung, die der Unternehmer bei einer erhöhten Leistung übt, die Arbeiter zur äußersten Ueberanstrengung der Kräfte, untergrabe den Wohlstand der Arbeiter und helfe die Zahl der Arbeitslosen vermehren. In dem Bestreben der Gewerkschaften, die Akkordarbeit zu beseitigen oder doch nach Tunlichkeit einzuschränken, sei ein Stück kultureller Aufgabe enthalten, darum müsse mehr wie bisher diesem Uebel entgegen gearbeitet werden. Sei es, daß in den Versammlungen die Nachteile des Akkordsystems erläutert und dadurch auf die Kollegen ein Einfluß ausgeübt wird, oder sei es, daß bei den Lohnbewegungen auch die Forderung auf Abschaffung der Akkordarbeit gestellt wird.

In letzterer Beziehung kamen diesem fast überall unsere Kollegen in ihren aufgestellten Lohnlisten nach, wie überhaupt im Malerberuf konstatiert werden kann, daß das Zeitlohnssystem bei weitem überwiegt ist. Nur einige Städte, z. B. Berlin, sind es, wo die Akkordarbeit sich eingenistet und auch überaus traurige Zustände gezeitigt hat. Anders verhält es sich aber bei unseren übrigen Kollegen, den Lackierern, Tünchern und Weißbindern, wo die Akkordarbeit weit verbreitet ist. Dies war wohl auch der Anlaß, daß auf der letzten Generalversammlung in Würzburg von Frankfurt der Antrag gestellt war, auf die Tagesordnung die Frage der „Akkordarbeit“ zu setzen; jedoch konnte wegen ungenügender Zeit dieser Punkt nicht mehr verhandelt werden.

Welch elenden Lohn bei den Lackierern die Akkordarbeit verursacht, zeigt wiederum der in der Waggonfabrik von Busch in Hamburg eingeführte Akkordzettel:

Petroleum-Dankwagen, kompl. Lackierung mit Abfeilen und Schriff:

Bis 25 Stunden Arbeitszeit	M 15
„ 30 „ „ „	„ 16
„ 35 „ „ „	„ 17
„ 40 „ „ „	„ 18
„ 45 „ „ „	„ 19
„ 50 „ „ „	„ 20

Für die zwischenliegenden Stunden jede weitere Stunde 20 S mehr.

Bruchteile der Stunden werden bis zur Hälfte nach unten, über die Hälfte nach oben abgerundet.

Bei einem Automobilmwagen folgen die Stunden nach obigem Schema von 30—60 Stunden und von 19—25 M.

1 Satz Näher, Stange und Schwengel grau streichen:

Bis 60 Minuten Arbeitszeit	M 0.50
„ 70 „ „ „	„ 0.55
„ 80 „ „ „	„ 0.60
„ 90 „ „ „	„ 0.65
„ 100 „ „ „	„ 0.70

Für die zwischenliegenden Minuten je 1/2 S mehr. (Auf einem Zettel war sogar 1/4 S mehr verzeichnet.)

Arbeitsergebnis:

3 Tankwagen lackiert = 148 Stunden 23 Minuten	
3 Tankwagen lackiert	M 59.40
148 Stb. 23 Min. à Stb. 40 S = „	59.35

Ueberschuß M 0.05

Als hierauf die Kollegen vorstellig wurden, bekamen sie den Beschluß, daß an diesem System nichts geändert würde.

Im Gegenteil, den Kollegen wurde rundweg erklärt, daß, wer nicht über den untersten Akkordfuß hinauskommt, wird entlassen.

Einem jeden Kollegen müßte dieses wiederum veranlassen, alle zur Kenntnis kommenden Akkordmethoden zu veröffentlichen, um an der Hand der mannigfaltigen vom Kapital beliebigen Formen der Lohnzahlung zu zeigen, wie solche Auswüchse des Akkordlohnes auf den Arbeiter drücken, wie der Akkord auf Steigerung der Arbeitsausbeutung wirkt und bestrebt ist, den geschlossenen Widerstand der Arbeiter zu zerringern. Sind doch heute schon der Druck seitens der Meister, Poliere oder Kolonnenführer, Arbeitslosigkeit, fast unglaublich geringer Lohn, ungesunde Arbeitsweise und Werkstellen, die größten Uebel aller in Fabriken und Privatwerkstätten beschäftigten Maler und Lackierer.

Unzweifelhaft hat in Deutschland in Industrien, die in steter technischer Fortentwicklung begriffen sind, das Akkordlohnssystem sich sehr eingebürgert und aus Erfahrung ist uns allen bekannt, wie viele Verteidiger dieses System selbst aus den Kreisen der organisierten Arbeiter findet, die die Akkordentlohnung bevorzugen, ja sogar fördern. Ja, es werden Stimmen laut, die auf dem Standpunkt stehen, daß das Stücklohnssystem das vorgeschrittenere Lohnsystem sei, und daß die Akkordarbeit die einzig richtige Arbeitsform der Zukunft bilden werde. Im Dezemberheft der „Sozialistischen Monatshefte“ ist auch Ed. Bernstein dieser Ansicht, indem er am Schlusse seines Artikels über das „Prämienlohnssystem der Arbeiter“ schreibt: „Je mehr sich die Technik, die Organisation und die Machtverteilung in der Industrie im Sinne des sozialen Fortschritts entwickeln, umso mehr wird auch die Lohnform sich über den alten Zeitlohn hinaus entwickeln und ohne Nachteil für die Arbeiter entwickeln können.“

Nun, wir meinen, daß die Arbeiter derjenigen Berufe, in denen das Akkordsystem nicht vorherrschend ist, mit allen Kräften dessen Einführung zu verhindern suchen müssen; wo dies aber nicht angeht, wäre es ein nutzloses Beginnen, unsere Kräfte zu vergeuden, man würde ungesunde Zustände heraufbeschwören, die der Organisation mehr schaden als nützen. In diesem Falle gilt es, daß den Auswüchsen der Akkordarbeit vorgebeugt wird durch Verträge mit den Unternehmern, worin die Anerkennung korporativer vereinbarter Preise ausgesprochen ist. Selbstverständlich wird dies nur da möglich sein, wo die Arbeiter sich auf eine starke, wohlgeleitete Berufsorganisation stützen können.

Wo aber die modernere Lohnform auf veraltete Arbeitsmethoden und Machtverhältnisse aufgepfropft, d. h. wo Stücklöhne und Unternehmerallmacht zusammengepöppelt werden sollen, da sind, wie bei allen solchen Bastardverhältnissen, die schwersten Schädigungen der Arbeiter zu gewärtigen. Die Stücklohnssysteme haben alle ihre Rüden und Tücken. Auf schwache Organisationen können sie im höchsten Grade zersetzend wirken. Wo also die Arbeiterorganisationen noch nicht genügenb erstarkt sind, um sich allen Stürmen gewachsen zu wissen, wo sie noch nicht von den Unternehmern als die berufene Instanz für die Vereinbarung der Höhe und Grundregeln der Stücklöhne anerkannt und herangezogen worden, da handeln sie nur im wohlverstandenen Interesse der eigenen Selbsterhaltung und des Wohles der Arbeiter, wenn sie dem Einbringen der Stücklöhne jeden möglichen Widerstand entgegensetzen.“ Diesen Ausführungen Bernsteins haben wir nichts hinzuzufügen. Hoffentlich ziehen diejenigen Kollegen, die es besonders angeht, die nötige Konsequenz hieraus und das können sie nur, wenn sie eine starke Organisation hinter sich haben.

Ein Gewaltakt im deutschen Reichstage.

Eigentlich war es unsere Absicht, in der diesmahligen Nummer unserer Zeitung uns mit der Staatsberatung im Reichstage zu beschäftigen und die für uns interessantesten Punkte näher zu erörtern. Wir müssen dieses Vorhaben aufschreiben, da es uns unumgänglich notwendig erscheint, einen Vorgang zur Sprache zu bringen, der beispiellos ist in der Geschichte des Reichstages. Wir meinen den Versuch des Reichstagspräsidenten Grafen von Ballestrem, die Vertreter der Sozialdemokratie in gewisser Beziehung mundtot zu machen. Der Hergang ist folgender: Am ersten Tage der Staatsberatung brachte der Zentrum-

abgeordnete Dr. Schäbler eine Depesche zur Sprache, die der deutsche Kaiser Wilhelm II. am 10. August vor. J. von Swinemünde aus an den Prinzregenten von Bayern richtete, worin er seiner tiefsten Entrüstung und Empörung Ausdruck gab darüber, daß die bayerischen Zentrumskräfte eine für Kunstzwecke geforderte Summe von 100 000 M nicht bewilligt halten. Diese Einmischung des Kaisers in die inneren Verhältnisse des Baiernlandes kritisierte der Redner, wobei ihm sein Parteigenosse Ballestrem den weitesten Spielraum ließ, trotzdem die Depesche selbst nicht einmal amtlich durch den „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden war.

Am andern Tage wollte der Redner der Sozialdemokratie von Wollmar die bekannten Essener und Breslauer Kaiserreden zur Sprache bringen. Trotzdem diese beiden Reden im „Reichsanzeiger“ gestanden hatten, wollte der Präsident die Besprechung nicht zulassen und erklärte in großer Erregung, daß der Fall Krupp auch nicht mit einem einzigen Worte im Reichstage erwähnt werden dürfe; Krupp sei ein Privatmann und es sei unzulässig, „das was vor und nach dem Tode dieses Ehrenmannes geschehen ist“, im Reichstage zu erörtern. Wollmar, der im Gegensatz zu dem Präsidenten seine vollständige Ruhe bewahrte und sich der Situation in jeder Beziehung gewachsen zeigte, betonte wiederholt, daß er über die Person des toten Krupp gar nicht sprechen wolle, sondern daß er nur die Absicht habe, eine Angelegenheit zu erörtern, die das ganze Reich angehe, und Angriffe und Beschimpfungen auf eine Partei von weit über 2 Millionen Wählern zurückzuweisen. Der Präsident blieb bei seiner Entscheidung, und von Wollmar konnte nur „vor dem ganzen Saale konstataren, daß die Swinemünder Depesche, deren Besprechung vom Zentrum ausgegangen ist, hier in breiter Ausführlichkeit behandelt werden dürfe, während unsere Angelegenheit nicht mit einem Worte erwähnt werden darf, obgleich es sich dabei um eine amtliche Veröffentlichung handelt“.

Während die sozialdemokratischen Abgeordneten in lebhafter Weise gegen diesen brutalen Vergewaltigungsversuch protestierten und dem Präsidenten manche Schmeichelei sagten, saßen sich die Abgeordneten der anderen Parteien kopfschüttelnd und verständnislos an und niemand wagte es, dem Tun des Präsidenten beifällig zuzustimmen. Auch die Zeitungen der verschiedenen Parteien äußern sich mehr oder weniger abfällig darüber. Die ultramontane „Kölnische Volkszeitung“ meint, es sei nicht einzusehen, warum der Präsident die Erörterung der Kaiserreden abgeschnitten habe; niemand wolle dem Kaiser das Recht der freien Meinungsäußerung beschränken, es sei aber notwendig, daß jedermann auch in entsprechender Weise darauf erwidern könne; in dem vorliegenden Falle sei das aber nicht möglich gewesen. Auch die konservativen Zeitungen vernüngen die „ungleichartige Stellung“ des Präsidenten zu den verschiedenen Erörterungen nicht zu rechtfertigen. Sogar das Berliner Scharfmacherorgan „Die Post“ wendet sich gegen Ballestrem und erklärt, durch sein Benehmen sei „der guten Sache“ kein Dienst geleistet worden, vielmehr werde die Sozialdemokratie den Vorteil daraus ziehen. Nur die aus Kruppischem Gelde gefülltesten „Berliner Neuesten Nachrichten“ billigen „die energische Stellungnahme“ des Präsidenten.

Selbstverständlich kritisieren die sozialdemokratischen Zeitungen in scharfen Worten den brutalen Gewaltakt, wobei das führende Organ, der „Vorwärts“, bezweifelt, daß der überall erstrebene Tadel gegen den Präsidenten ehrlich gemeint sei, da die Mehrheitsparteien des Reichstages nichts unternommen hätten, um die Vergewaltigung zu verhindern. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion veröffentlicht eine Erklärung, worin sie es dem deutschen Volke überläßt, über den unerhörten Gewaltakt des Präsidenten und sein auf die Redefreiheit der Abgeordneten verübtes Verbrechen die Meinung zu äußern, die sie für richtig halten. Dies wird die denkende Arbeiterklasse Deutschlands denn auch besorgen.

Eine Fronte des Schicksals ist es, daß der Graf von Ballestrem doch seinen Willen nicht durchgesetzt hat. Der Abgeordnete Nebel hat nämlich das, was seinem Fraktionskollegen von Wollmar verboten war, in gründlichster Weise nachgeholt. „Der gegenwärtige Kaiser“ so führte Nebel wörtlich aus, „ist seit jeher bei jeder Gelegenheit auf die Sozialdemokratie zu sprechen gekommen und hat seine Stimme gegen sie in der schärfsten und schneidigsten Weise erhoben. Das Recht der freien Meinungsäußerung werden wir gewiß niemandem bestreiten. Aber es ist kein Zweifel: der Fürst genießt im konstitutionellen Staatsleben eine Ausnahmestellung, er ist staatsrechtlich, ja sogar im hohen Grade strafrechtlich unverantwortlich. Wenn manche Reden, die in der letzten Zeit speziell gegen meine Partei in den denkbar schärfsten Ausdrücken gehalten sind, von irgend einem anderen Manne gehalten wären und Einer von uns hätte den Bestreben den Vorwurf gemacht, so wäre der Redner zweifellos von jedem Richter wegen Beleidigung bestraft worden. Auch die Presse kann ja nur in sehr vorsichtiger und gebundener Weise auf derartige Angriffe eingehen. Die Presse ist ja durch das Strafgesetzbuch gebunden, das gegenüber der sozialdemokratischen Presse in besonders scharfer Weise angewendet wird, zumal wenn es sich um den Kaiser handelt. Die Auffassung des Reichstagspräsidenten ist nicht haltbar, daß der Kaiser

Bei seinen Kundgebungen als Privatmann auftreten könne. Der Kaiser ist ebensowenig wie ein anderer Fürst jemals ein Privatmann. So oft der Kaiser sich irgendwo zeigt, tritt er als Kaiser auf. Eine Ausnahme wäre es vielleicht, wenn er als ein zweiter Harun al Raschid verkleidet in das Volk gehen wollte und in solcher Verkleidung etwa in einer sozialdemokratischen Versammlung eine Rede gegen die Sozialdemokratie halten wollte. Da würden wir dann — nicht dem Kaiser, sondern dem Privatmann, dem Harun al Raschid die entsprechende Antwort geben können. Aber es ist ja ausgeschlossen, daß der Kaiser das tut. Die Lage, in der speziell wir Sozialdemokraten gegenüber diesen fortgesetzten Angriffen uns befinden, ist eine äußerst fatale. Wir werden angegriffen, beständig angegriffen und können nicht antworten. Das dadurch ein Gefühl der Erbitterung, ja des Hasses gegenüber der Person des Kaisers unter den Angegriffenen erwächst, wundern Sie sich darüber? Ist das nicht selbstverständlich? Ich frage die Herren auf der äußersten Rechten, die Sozialisten unter den Sozialen: wenn Sie so traktiert würden, wie wir seit vielen Jahren, würden Sie dann von denselben Gefühlen der Loyalität befeelt sein? Andere deutsche Fürsten treten nicht in dieser Weise hervor; ich weiß mich z. B. nicht zu entsinnen, daß ein sozialdemokratisches Blatt oder ein sozialdemokratischer Redner wegen Beleidigung des Prinzenregenten von Mecklenburg oder des Königs von Württemberg oder des Großherzogs von Hessen bestraft worden wäre. Warum nicht? Die Herren beachten die Reserve, die ihnen ihre Stellung als konstitutionelle Fürsten auferlegt. Sie treiben, wenn ich mich so ausdrücken soll, keine persönliche, keine Parteipolitik. Das ist bei dem deutschen Kaiser anders. Der Reichskanzler hat gesagt, daß der Kaiser nicht Anderen gleiche, daß er eine energische Natur sei, die frei von der Leber weg spreche, und daß er kein Philister sei. Dies Wort hat mir ganz besonders gut gefallen. Nein, gewiß, das ist er nicht. Ich will auch nicht, daß die Fürsten Philister sein sollen, so wenig wie andere Leute — es gibt leider zu viele Philister in Deutschland. Der Kaiser braucht kein Philister zu sein und soll keiner sein nach meiner Meinung, aber die Art, wie er ist und besonders uns gegenüber ist, gefällt uns außerordentlich wenig, die mißfällt uns im höchsten Grade — das versteht doch der Reichskanzler! Und da ist es doch ganz natürlich, daß wir auch einmal das Bedürfnis haben — denn auch bei uns gibt es impulsive Naturen — frei dem Herzen unsere Meinung zu sagen. Aber wir können dieses heute weder brauchen noch hier im Reichstage tun, da der Präsident uns daran verhindert. Wenn ich hier, ganz abgesehen von dem dargelegten Fall, in dem Tone gegenüber dem Kaiser rede, wie er gegenüber der Sozialdemokratie, dann ginge es mir schlecht. Also auch hier muß ich mir außerordentliche Reserve auferlegen, obgleich auch ich zu den impulsiven Naturen gehöre. Hören wir nun, was von jener Stelle seit etwa 13 Jahren in einer ganzen Reihe von Variationen gegenüber dem „inneren Feinde“ gesprochen worden ist. Da wurde gegenüber jeder Deputation der Bergarbeiter 1889 gesagt: „Für mich ist jeder Sozialdemokrat gleichbedeutend mit Reichs- und Vaterlandsfeind“. Am 2. September 1895 werden wir eine „Rolle von Menschen“ genannt, nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen!“ Am 13. Oktober 1895, nach Ernennung des Fabrikanten Schwarz in Wülhausen, für die wir so wenig konnten, wie jeder Andere, wurde gesagt: „Wieder ein Opfer mehr der von den Sozialisten angeführten revolutionären Bewegung“. 1891 wurde auseinandergelegt, daß die Soldaten „dem Kaiser unbedingten Gehorsam schuldig seien, selbst wenn er den Befehl gäbe, auf Vater und Mutter zu schießen!“ Dabei wurde wieder direkt auf die Sozialdemokratie hingewiesen. So ist es unausgesetzt gegangen. Und nicht allein die Partei in Waulsch und Wogen wurde beurteilt, sondern in den letzten Reden sind die schärfsten Angriffe direkt gegen uns als Vertreter der Partei gerichtet. Da werden die deutschen Arbeiter aufgefordert, sich von uns loszusagen als von „gefährlichen Menschen“, die wir seien. Wenn die stärkste Partei Deutschlands in dieser Weise behandelt wird, so sind das doch Dinge, die in der Politik des Deutschen Reiches, man mag auf einem Standpunkt stehen wie man will, eine sehr entscheidende Rolle spielen. Wir sind die weitaus stärkste Partei, wir werden es bei den nächsten Wahlen — das ist kein Dramatisieren — in noch viel höherem Grade sein! Wir werden einstmal vielleicht — ich nehme das an — die entscheidende Mehrheit der Wähler, vielleicht die entscheidende Mehrheit der Abgeordneten haben, und gegenüber dieser Partei wird fortgesetzt in der Weise verfahren, wie es hier in den verschiedensten Variationen geschehen ist! Da heißt es: Männer, die bisher als Deutsche gegolten, hätten sich dieses Namens unwürdig gemacht!... Wenn der deutsche Kaiser wünscht, daß die deutschen Arbeiter, die mit uns nicht einverstanden sind, ihre besonderen Vertreter wählen im Gegensatz zu uns, so verstehe ich das. Das können die Arbeiter tun, und Sie, meine Herren (zur Mehrheit), Sie können ihnen ja helfen dazu, senden Sie nur Arbeitervertreter in den Reichstag hinein! Aber wenn in einer solchen furchtbaren Weise mit den stärksten Wörtern, die die deutsche Sprache überhaupt kennt, die Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit und wir Parteivertreter speziell angegriffen werden, dann ist es ganz selbstverständlich, daß wir dagegen auf das allerenergischste protestieren und herartige Angriffe und eine derartige Redeweise auf das allerentschiedenste als ungehörig und unzulässig zurückweisen!

Redner behandelte dann die Stellung der Sozialdemokratie zur Monarchie und erklärte, daß letztere keine Personenfrage, sondern eine geschichtlich erwachsene Einrichtung sei, die sich überleben werde. Auf jede kaiserliche Rede gegen die Sozialdemokratie rechnet er 100 000 neue Wahlstimmen für die Sozialdemokratie. Zum Schluss streifte er dann noch die Stellungnahme des Kronprinzen gegen die sozialdemokratische Partei. Man muß wirklich sagen, daß die Sozialdemokratie auch bei dieser Gelegenheit wieder einmal ihr bekanntes „Schweinegall“ gehabt hat, da sie nach allgemeiner Uebereinstimmung als die Siegerin aus dem Kampfe mit dem Reichstagspräsidenten hervorgegangen ist.

Uebrigens hat Graf v. Ballestrem infolge dieser Vorgänge sein Amt niedergelegt, um jedenfalls wiedergewählt zu werden.

Aus unserem Verufe.

+ Zur Winterzeit kann so mancher Kollege die lebenswichtige Seite seines Herrn Meisters kennen lernen, dem er bei flotterem Geschäftsgange mit seinen Leistungen gut genug war. Wie man sich dann nach moderner Art die Gehülfe vom Halbe schafft, zeigt uns eine Postkarte aus Jena, die folgenden Text enthält:

Leile können mit, daß Sie sich nach anderweitiger Arbeit umsehen wollen, da ich mit Ihren Leistungen im vorigen Jahr nicht zufrieden war.

Jena, 2. Januar 1903.

Hochachtungsb.

Oskar Müller.

Hier Kollegen erhielten gleichlautende Postkarten, nachdem sie alle längere Zeit bei dieser Firma resp. bei August Müller, der sich zur Ruhe gesetzt hat, gearbeitet haben. Sehr eigentümlich, daß ein Meister so lange braucht, um per Post einem Gehülfe mitzuteilen, daß er ihn entlassen muß, weil der Gehülfe nicht genug leisten kann. Ob die Abschätzung der Arbeitsleistung nach einem Akkordsystem geschah?

+ Herr Malermeister Dullens in Köln und die Organisation. Seit einigen Wochen betreiben wir hier in Werkstattbesprechungen rege Agitation und haben damit sehr gute Resultate erzielt. Am 17. Januar wurde für die Werkstatt Dullens eine Besprechung anberaumt, welche von einem Teil der dort Beschäftigten besucht war und wo wir mehrere Aufnahmen zu verzeichnen hatten. Von einigen „Auchkollegen“ wurde dieses verraten und am nächsten Samstag wurden drei der Aufgenommenen nach dreijähriger ununterbrochener Beschäftigung entlassen. Als Grund wurde in nicht mißzuverstehender Weise die Mitgliedschaft angegeben. Ist es den Kollegen nicht selbst zuzuschreiben, daß derartige in einer Großstadt passieren kann? Haben die Kollegen sich doch jahrelang als willfährige Werkzeuge der Unternehmer gebrauchen lassen. Wann werden dieselben aufwachen und den Zusammenschluß in der Organisation als notwendig anerkennen? Zeigt dieses Vorgehen des Herrn Dullens doch so recht, daß für ihn der § 152 der Gewerbeordnung nicht besteht, sondern ihm jedes Mittel recht ist, um seine Ueberlegenheit den Arbeiter fühlen zu lassen. Kollegen, erwacht ob dieser Euch zugefügten Schmach und verbittet Euch die Bevormundung in Eurer freien Zeit, werdet Mitglieder unserer Vereinigung! Bemerken müssen wir, daß die „Christlichen“ weiter arbeiten können.

+ Handwerk hat goldenen Boden. Daß vorstehendes Sprichwort in den heutigen Zeitverhältnissen an Wahrheit verloren und namentlich den jetzigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen eines Malergehülfe scharf widerspricht, wird auch der in Regensburg als wohlhabend bekannte Herr Malermeister Rosenberger einsehen, obwohl er die Löhne der Gehülfe schon jetzt für hoch genug hält und nicht weiter verbessert haben möchte. Ein in seinem Geschäft arbeitender Gehülfe Kriemhild, welcher bereits sein 25jähriges Arbeiterjubiläum bei ihm feierte und in den langen Jahren nur den notwendigen Lebensunterhalt für sich und seine Familie trotz äußerster Sparsamkeit verdiente, war zu Anfang des Winters plötzlich arbeitslos geworden und sah sich gezwungen, auf der Werkstätte zu suchen und das traurige Loos der dortigen Kollegen zu teilen, obwohl er noch zu den wenigen Glücklichsten sich zählen durfte, die einen Stundenlohn von 32 S verdienen. Obwohl nun K. einsehen möchte, was eine gute Organisation am Orte leisten kann, indem sich nach unserer vorjährigen Lohnbewegung der Minimallohn um 5 S erhöhte, ist er allen Mahnungen der Kollegen gegenüber indifferent geblieben. Bei solchen Kollegen ist Hopfen und Malz verloren, mögen sie dumm bleiben!

Tätigkeitsbericht der Agitationskommission für Hessen und Hessen-Nassau.

Nachdem der am 2. Februar v. J. in Langen statige Provinzialtag sich eingehend mit der zu betreibenden Agitation beschäftigt und gleichzeitig die Leitung der Agitation dem Geschäftsführer der Filiale Frankfurt a. M. übertragen hatte, war es zunächst Aufgabe der neuen Kommission, die Führung mit den Filialen, die teilweise vollständig verloren, wieder herzustellen. Diese unbedingt notwendige Maßnahme gestaltete sich aber außerordentlich schwierig, denn trotz mehrmaligem Schreiben war von einzelnen Filialen keine Auskunft über die dortigen Verhältnisse zu erhalten. Es mag zugegeben sein, daß viele Verwaltungsbeamte und hauptsächlich die in den Landfilialen, wo die Kollegen vielfach täglich 2 bis 3 Stunden Weg von und nach der Arbeitsstätte außer der Arbeitszeit zurückzulegen haben, wochentags sehr wenig Zeit zur Erledigung der schriftlichen Arbeiten übrig haben, aber dann sollte wenigstens am folgenden Sonntag das notwendige für die Organisation erledigt werden. Dann ist es kein Wunder, wenn es mit der Filiale oftmals rückwärts geht und eine Schlamperei Platz greift, die es sehr schwer ermöglicht wieder geordnete Zustände zu schaffen.

Gleichfalls führt aber auch der häufige Wechsel innerhalb der Verwaltungsbeamten zum Nachteil einer Filiale. Durch eine angemessene Vergütung der Verwaltungsbeamten für ihre Mithilfeleistung, wie es das Statut vorschreibt, könnte hierin manche Besserung geschaffen werden, aber viele Filialen sind in dieser Beziehung sehr knauserig. So hat z. B. in einer Filiale der Kassierer vom Jahre 1898 bis 1902 nur eine Entschädigung von 5 M erhalten und die übrigen Vorstandsmitglieder überhaupt nichts. Der größte Teil der Filialen, und hauptsächlich die kleineren, die nicht die Ausgaben für Agitation usw. wie die großen haben, wäre in der Lage, den Verwaltungsbeamten eine angemessene Entschädigung zu gewähren, da sie über ganz beträchtliche Kassensbestände verfügen.

Die Haupttätigkeit der Kommission entfiel im verfloffenen Jahre auf die bestehenden Filialen, jedoch wurde dadurch keineswegs die Agitation und Neuwerbung von Mitgliedern in Orten, wo noch keine Filiale oder Zahlstelle vorhanden, vernachlässigt.

In dem Zeitraum von Mitte Februar bis Ende des Jahres wurden von der Kommission 48 Versammlungen in 29 Orten, 21 Revisionen in 18 Orten, 11 Sitzungen, 12 Touren zwecks Information über die Verhältnisse in den Filialen und nach Orten, wo noch keine Filiale vorhanden, 2 Konferenzen und in 2 Orten Hausagitation abgehalten. Drei Versammlungen konnten nicht stattfinden und zwar eine in Marburg wegen Nichterteilung der Bescheinigung von Seiten der Polizei, eine in Schweinheim bei Friedberg wegen schlechten Besuches und eine in Oberrodach gleichfalls wegen schlechten Besuches und Nichterteilung der Bescheinigung, da die Tagesordnung bei der Anmeldung nicht angegeben war. Im letzteren Falle wurde Beschwerde beim Landratsamt erhoben und der Herr Bürgermeister von dort auch angewiesen, daß in Zukunft die Erteilung der Bescheinigung nicht von der Tagesordnung abhängig zu machen sei.

Der Versammlungsbesuch ließ im Durchschnitt zu wünschen übrig; nur in wenigen Filialen war die Mehrzahl der Kollegen erschienen. Die vorgekommenen Revisionen bestätigten in ihrer großen Mehrzahl, daß bezüglich der Buchführung noch vieles Verbesserungsbedürftig ist. Dadurch soll aber keineswegs den Kassierern ein Vorwurf gemacht werden, denn vielfach mangelte es nur an der richtigen Aufklärung. Bei den vorgekommenen Revisionen ist diesfalls ganz besonders Bezug auf die Erteilung der notwendigen Aufklärung zur richtigen und einfacheren Führung der Bücher genommen worden, denn vielfach machten wir die Erfahrung, daß sich die Kassierer viel unnötige Mühe durch ein kompliziertes Buchführung machen, die gar nicht verlangt wird. Die Kassensbestände wurden bei allen Revisionen in Ordnung gefunden.

Die Revision von Seiten der Revisoren in den Filialen läßt im allgemeinen sehr viel zu wünschen übrig. Viele Re-

visoren haben nur dem Namen nach figuriert, denn eine ganze Reihe Abrechnungen haben wir gefunden, die von den Revisoren nicht geprüft waren. Auch haben sich sogar in einzelnen Filialen nicht einmal die Vorstandsmitglieder darum bekümmert und die Abrechnung ist nur mit der Unterschrift des Kassierers versehen an die Hauptkasse geschickt worden. Bittliche und gewissenhafte Revisionen ist die erste Pflicht der Revisoren. Das Einsenden (und Unterschreiben) der Lieferungscheine mit der Abrechnung an die Hauptkasse wird vielfach unterlassen, auch die Krankenscheine werden vielfach nicht rechtzeitig an die Hauptkasse eingeschickt, daraus entsteht dann, daß dieselben bei der Hauptkasse im Quartal nicht berechnet werden und die Filiale hat dann ein Schuldenkonto bei der Hauptkasse, worüber sich die Kollegen wundern und nicht begreifen, wie das Schuldenkonto entstanden. Wiederholt muß hier auf ein rechtzeitiges Einsenden der Krankenscheine und der Abrechnung hingewiesen werden.

Die Hauskassierung ist in allen Filialen des Bezirkes durchgeführt, aber auch hierin ist noch vieles zu verbessern. Vielfach wird keine Kontrolle geübt, an wen der Einkassierer die Marken abgibt. Die von der Hauptkasse herausgegebenen Einkassierermarken werden nicht verwendet und ruhen bei Seite gelegt, woraus dann auch resultiert, daß die Mitgliederliste nicht in Ordnung ist und man aus derselben nicht feststellen kann, wie weit die Mitglieder bezahlt haben.

Wiederholt sei hier darauf hingewiesen, daß die Beitragsmarken von dem Einkassierer selbst in das Buch einzukleben und abzustempeln sind; würde dieses überall befolgt, so würde es nicht vorkommen, daß die Mitglieder Marken verlieren, worüber keine Kontrolle vorhanden ist, weil die Einkassierer die Marken ohne Weiteres an die Mitglieder abgaben, ohne sie selbst einzukleben und abzustempeln.

Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 1901 in 23 Filialen 2267, wovon nach der Abrechnung vom vierten Quartal 1901 2113 volle 13 Wochenbeiträge bezahlt hatten. Am Schluß des ersten Quartals 1902 war die Mitgliederzahl auf 2375 mit 2180 vollbezahlten gestiegen, am Schluß des zweiten Quartals auf 2633 mit 2439 Vollzahlungen und am Schluß des dritten Quartals auf 2605 Vollzahlungen. Nach den bis jetzt eingegangenen Berichten (leider fehlen noch einige) dürften im vierten Quartal circa 2400 Mitglieder volle 13 Wochenbeiträge entrichtet haben, mithin gegen das Vorjahr eine absolute Zunahme von circa 270 vollbezahlten Mitgliedern.

Am Schluß des Jahres 1902 zählte der Agitationsbezirk 22 Filialen mit 60 Zahlstellen und circa 2500 Mitglieder. Die Filiale Kesselbach wurde am Schluß des dritten Quartals als Zahlstelle an Frankfurt angegliedert. Eine wesentliche Annahme der Mitglieder haben die Filialen Darmstadt, Oberstadt, Frankfurt, Mainz, Offenbach, Schierstein, Rumpst, Langenselbold, Wiesbaden, Friedberg, Hanau, Wundebach und Nambach zu verzeichnen.

Die Hausagitation wurde in 17 Filialen und in einer Werkstelle betrieben. Durch diese Agitation wurden 237 Mitglieder neu aufgenommen. Ist dieser Erfolg nun im Vergleich mit den gebachten Opfern nicht besonders befriedigend, so steht aber ohne Weiteres fest, daß dadurch die Agitation im allgemeinen eine regere und intensiver wurde. Bei so manchem Kollegen, der nicht direkt durch die Hausagitation und erst später in die Organisation eingetreten ist, dürfte durch diese der erste Schritt zur Aufklärung und Anregung zum Eintritt in die Organisation gemacht worden sein. Ziehen wir dieses nun mit in Betracht, so ist der Erfolg der Hausagitation im Wesentlichen ein ganz anderer, als wenn man nur die wirklichen Aufnahmen durch diese in Betracht zieht. Im ganzen wurden im Bezirk circa 1050 Mitglieder, wovon 439 auf Frankfurt entfallen, aufgenommen. Wir sehen also sofort, daß der größte Teil der Einzelne im Vergleich zu der absoluten Zunahme der Mitglieder der Organisation wieder verloren gegangen ist. Die neu aufgenommenen Mitglieder immer mehr an die Organisation zu fesseln, ist noch eine Aufgabe, deren Lösung sehr zum Nutzen der Organisation gereichen würde.

Die Agitation an Orten, wo noch keine Filiale oder Zahlstelle vorhanden, gestaltete sich, wie schon Eingang des Berichtes erwähnt, sehr schwierig und waren die Erfolge nach dieser Richtung nicht die, wie es nach der geleisteten Arbeit und gebachten Opfer zu wünschen wäre. Wenn wir glauben, einige Kollegen für unsere Sache gewonnen zu haben, so waren dieselben, da es meist Freunde waren, halb wieder von dort verschwunden, da die denkbar traurigsten Lohn- und Arbeitsverhältnisse dort herrschten. Bei den Einzelneischen war ein Anschlag absolut nicht zu erzielen.

Von Lohnbewegungen und Differenzen, die einen langwierigen Charakter annahmen, blieb unser Bezirk im verfloffenen Jahre so ziemlich verschont. In Darmstadt fand eine Tarifbewegung statt, die mit einem Erfolge für die dortigen Kollegen endete. Es wurde eine Erhöhung der Mindestlöhne um 4 S pro Stunde, sowie eine Bezahlung der Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit erzielt. In Mainz kam es mit der Firma König, dem ehemaligen Führer der christlichen Organisation in Mainz, zu Differenzen. In Frankfurt a. M. wurde die achtstündige Lohnzahlung auf Grund des im Vorjahre vereinbarten Tarifs durchgeföhrt. In der Waggonfabrik in Kesselbach kann es immer noch nicht zur Ruhe kommen; man versucht dort immer wieder, trotzdem die im Jahre 1901 getroffenen Abmachungen noch bestehen, die Löhne zu reduzieren. Durch ein Zusammenhalten der dortigen Kollegen war es möglich, die Reduktion teilweise zu verhindern. Die junge Zahlstelle Wachsenburg errang gleichfalls kurz nach ihrer Gründung einen kleinen Erfolg. In der dortigen Metallfabrik Schmidt sollte die Akkordarbeit eingeföhrt werden, die Kollegen wandten sich aber ganz entschieden hiergegen. Es gelang ihnen, diese abzuwehren und eine Erhöhung der Stundenlöhne von 1 S zu erzielen.

Die Einnahmen der Provinzialkasse betragen infolge eines Kassensbestandes von 84.45 M vom Jahre 1901 1285.66 M. Beträufacht wurde: für die Tätigkeit des Obmannes 550 M, an Diäten und Fahrgebern 434.80 M, an Porto und Schreibmaterial 75.12 M, an Druckkosten und Inseraten 65.10 M, an sonstigen Ausgaben 63.90 M; insgesamt 1188.92 M.

Die Erledigung der Korrespondenz gestaltete sich sehr umfangreich. In der Zeit vom 15. Februar bis 31. Dezember sind 251 Postsendungen eingegangen und 720 Sendungen abgeschickt. Die Kommission trat in der Berichtszeit 15 mal in Sitzungen zusammen.

Hat nun auch unser Bezirk an dem Gesamtausschuss, den die Vereinigung im letzten Jahre allgemein genommen, nicht in der Weise teilgenommen, wie vielleicht andere Bezirke, so können wir aber meines Erachtens mit dem Erfolge zufrieden sein, wenn man bedenkt, daß die Geschäftslage im Bezirk im allgemeinen eine sehr schlechte war.

Der am 15. Februar in Frankfurt a. M. stattfindende Provinzialtag wird sich nun wiederum ganz besonders mit der in diesem Jahre zu betreibenden Agitation und dem inneren Ausbau der Organisation zu beschäftigen haben. Mögen daher die Kollegen sich in den vorstehenden Bericht bis zum Provinzialtag ernstlich vertiefen, damit auf demselben

Beschlüsse gefaßt werden, die der Organisation nützlich und zu deren gezielten Weiterentwicklung beitragen.
Frankfurt a. M. im Januar 1903.
F. Zimmermann.

Zur Lage in Kiel.

Während wir im Jahre 1901 eine sprunghafte Zunahme unserer Mitgliederzahl zu verzeichnen hatten, ist im Laufe des Jahres 1902 die Entwicklung unserer Filiale in ruhigeren Bahnen eingetreten. Es galt vor allem, die Filiale nach innen zu festigen, damit die einmal gewonnenen Mitglieder unserer Organisation auch treu blieben. Ein gutes Mittel hierzu ist die Hausstufung. Trotzdem sind wir auch in der Agitation nicht müßig gewesen. Im verfloßenen Jahre hatten wir 253 Aufnahmen zu verzeichnen (hierzu in Nendsbura 17). 36 Kollegen mußten wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden, 15 sind ausgetreten und 2 gestorben.

Ein großer Mißstand ist die ungenügende Abmelbung seitens der abreisenden Kollegen. Der dritte Teil von den Kollegen, welche abreisen, hat es nicht für nötig gefunden, sich bei der Filialverwaltung abzumelden. Den Kollegen kann nicht oft genug vorgeführt werden, wie dringend notwendig diese Kontrolle ist und daß es doch auch in ihrem Interesse liegt, sich dieser kleinen Mühe zu unterziehen. Kleine Filialverwaltung sollte die Abmelbung eines Kollegen entgegennehmen, wenn derselbe sich nicht vorher ordnungsmäßig abgemeldet hat.

Die Gesamteinnahme der Filialklasse betrug inklusive des Klassenbestandes von 874,78 M 3320,28 M, die Ausgabe 2555,98 M, so daß am Schlusse 1902 ein Klassenbestand von 764,30 M vorhanden war. Für die hiesigen ausgesperrten Bauhandwerker wurden aus der Filialklasse 250 M bewilligt. Außerdem wurden auf Sammelstellen für dieselben von uns noch 1557,20 M aufgebracht, ein Zeichen brüderlicher Solidarität.

Die hiesigen Herbergsverhältnisse genügen den an sie gestellten Anforderungen in keiner Weise. Die hiesigen Gewerkschaften haben sich deshalb schon längere Zeit mit dem Plan beschäftigt, ein eigenes Gewerkschaftshaus zu bauen. Zu dem anzunehmenden Fonds steuern die Gewerkschaften prozentual ihrer Mitgliederzahl bei. Unsere Filiale hat die Hälfte ihres Anteils, 720 M, hierzu geleistet. Durch die Ansammlung eines Fonds seitens der Gewerkschaften ist eine sichere Grundlage für das Unternehmen geschaffen und die praktische Verwirklichung desselben ein gut Stück vorwärts gebracht worden, zum Segen derjenigen Kollegen, welche von Stadt zu Stadt wandern müssen.

Durch unseren Arbeitsnachweis wurde 130 Kollegen Arbeit nachgewiesen. Zwecks Errichtung eines gemeinschaftlichen Arbeitsnachweises hatten wir uns an die Innung gewandt. Bei derselben war kein Verständnis hierfür vorhanden und mußte deshalb die Sache als gescheitert betrachtet werden.

Die Arbeitslosigkeit wurde durch die Aussperrung der Maurer und Zimmerer ungünstig beeinflusst. In unserem Berufe macht sich die periodische Saisonarbeit immer mehr fühlbar. Zu den Quartalswechseln müssen meistens die Bauten fertiggestellt sein, dann herrscht ein paar Wochen vorher eine rege Betriebsamkeit in unserem Berufe, während nach demselben ein gut Teil Arbeitskräfte brach liegt. Das Kapital zeigt auch hier, daß die Kräfte immer intensiver ausgenutzt werden.

Die Lebenshaltung der Kollegen wurde durch die Preissteigerung der notwendigen Lebensmittel und durch die enorme Steigerung der Mieten ungünstig beeinflusst. Dies veranlaßte uns, zum 1. Oktober den bisherigen Tarif zu kündigen und eine Erhöhung des Minimallohnes um 5 S zu beantragen. Die Verhandlungen mit der Innung sind hierüber noch nicht abgeschlossen; wir wünschen, daß es uns auch diesmal gelingen möge, wieder einen Tarif zu vereinbaren, liegt dies doch im beiderseitigen Interesse. Um einen vereinbarten Tarif voll zur Geltung zu bringen ist es Pflicht eines jeden Kollegen, denselben in allen Positionen streng innezuhalten und etwaige Verstöße gegen denselben unverzüglich zu melden, nicht erst, wenn das Arbeitsverhältnis gelöst ist.

Unsere Zahlstelle Nendsbura hat sich auch weiter gut entwickelt. Die Kollegen hatten dort im verfloßenen Jahre 17 Aufnahmen zu verzeichnen. Im Sommer betrug der Mitgliederbestand 15 Kollegen. Unseren dortigen Kollegen gelang es, gemeinsam mit der Innung eine geregelte Arbeitszeit und einen festen Lohnsatz einzuführen, bisher war hier der Willkür Tür und Tor geöffnet. Deshalb, Kollegen, sei auch in Zukunft jeder auf seinem Posten, sei jeder Kollege ein Agitator für unseren Verband, tue ein jeder die Pflicht, die er sich selbst, seiner Familie, seinen Mitmenschen gegenüber schuldig ist, dann, aber auch nur dann wird es uns möglich sein, die Vorteile, die wir errungen haben, zu behaupten.

S o b e n j. (Situationsbericht.) Wie den Kollegen wohl noch erinnernlich sein wird, haben wir im vorigen Jahre den hiesigen Meistern einen Tarif unterbreitet, welcher unter dem damaligen Druck der Verhältnisse auf Ehrenwort anerkannt wurde. Leider mußten wir aber bald erfahren, daß den Herren ihr gegebenes Ehrenwort, wie es ja zu erwarten war, sehr wenig galt, da manche Leute von dem Wörtchen Ehre einen sehr beschränkten Begriff zu haben scheinen. Im November 1902 wurden wir von Seiten der hiesigen Innungsummung mit einem Tarif beglückt, der kennzeichnenderweise eine Verschlechterung unseres schon an und für sich äußerst minimalen Verdienstes bezweckte. Dank der Einigkeit unserer Kollegen wurde diesen Machinationen ein entschiedenes Halt gesetzt und die Herren, die ihren Tarif noch vor Neujahr unter Dach und Fach gebracht sehen wollten, sahen sich in ihren Hoffnungen wieder einmal getäuscht. Nun wollten die Meister noch einen letzten Versuch machen, unter den uns vorgelegten Tarif unsere Unterschrift zu erhalten. Aus diesem Unflusse wurde auf Donnerstag den 15. v. M. Abends 6 Uhr eine Versammlung einberufen mit der Tagesordnung: Wahl des Gesellenausschusses und endgültige Festsetzung des Tarifes für 1903. Nach diesem Tarif sollte die Arbeitszeit 10 Stunden betragen, Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Prozent und Ueberstunden mit 25 Prozent Lohnzuschlag bezahlt werden. Bei sämtlichen Punkten wurde nach kurzer Debatte eine Einigung erzielt, mit Ausnahme des Minimallohnes. In dem uns vorgelegten Tarif sollen erst Gehältern über 20 Jahre den Lohn von 35 S erhalten. In der Debatte zum Punkt „Minimallohn“ haben sich verschiedene Herren im Wettbewerb blamiert und in ihrer Dummheit die Kollegen mit dem Titel „Handwerksburken“ beehrt. Nachdem den Herren die Niederträchtigkeit solchen Verhaltens klargelegt worden, meldete sich der frühere Obermeister (ehemaliger Prinz Karneval) F. Knufmann, um in prophetischer Rede über die unverschämten Forderungen der Gehältern — pardon „Handwerksburken“ — loszusprechen. Im Verlauf seiner Ausführungen rebete er sich so in Begeisterung, daß er sich zu der Behauptung verließ, daß er und alle Meister im

Falle eines Streits sage und schreibe sechs Monate aushalten würden! (Als ob wir als Einheimische die Verhältnisse nicht zur Genüge kennen!) Nachdem sich dieser Herr aus seiner schwindligen Höhe, zu der er sich verließ, von unserer Seite mit unheimlicher Schnelle herumdrehend in die raube Wirklichkeit versetzt war, wurde die Versammlung, da in diesem Punkte keine Einigung zu erzielen war, unter gegenseitiger Versicherung herzlicher Teilnahme betreffs vergeblich bezahlten Annoncengeldes geschlossen. Unsere Aufgabe wird es nun sein, alle Kollegen ohne Ausnahme der Organisation zuzuführen, um im Frühjahr mit einem von uns aufgestellten Tarif den Herren aufzuwarten und ihnen die Ueberzeugung beizubringen, daß nur die Anerkennung unserer Organisation als erster Punkt nebst deren Anhängeln zu einer Einigung beiderseits führen kann.

Versammlungs-Berichte.

Charlottenburg. Am 14. Januar tagte unsere Generalversammlung, in welcher nach den Jahresberichten des Bevollmächtigten und Kassierers die Neuwahl der Filialverwaltung erledigt wurde. Aus den Berichten sei kurz erwähnt, daß sich die inneren wie äußeren Verhältnisse der Filiale wesentlich verbessert und vergrößert haben. Die Neuwahlen ergaben folgendes Resultat: Flemming, Bevollmächtigter; Franz Dörmert, Kassierer; Blas, Schriftführer; Jost und Jäger, Revisoren; Schiller und Lude, Revisoren. Zu Hausstufung wurden Rehe, Gröbner, Neuhaus, Viermann, Kleemann, Krehner und Taapfen und zum Kassierer der Zahlstelle Wilmsdorf Köhler gewählt. Als Delegierte in die Gewerkschaftskommission nahmen Jost und Flemming und als Delegierte in die 21er-Kommission des Volkshauses Feige die Wahl an.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Der Zentralverband der Elektromonteuere hat durch Abstimmung beschlossen, bis zum 1. Februar dieses Jahres in den deutschen Metallarbeiterverband überzutreten.

Die Arbeitslosenunterstützung in den deutschen Gewerkschaften, nach Angabe der Gewerkschaftsvorstände, beläuft sich eine Broschüre von Franz Jule, die im Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“ erschienen. Mit großem Fleiß sind in dieser Schrift die Entwicklungsstadien der Organisationen, welche bereits die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, wie auch die Stellungnahme der übrigen Gewerkschaften, die sich mit dieser Frage beschäftigen, dargestellt. Die Verfasserin hat hiermit ein äußerst wertvolles Material zusammengetragen, welches für jeden, der sich mit dieser aktuellen Frage beschäftigt, nur begrüßt werden kann. Der Preis der Broschüre beträgt 75 Pfennige.

Auf Grund des § 114a der Gewerbeordnung hat der Bundesrat beschlossen: Für alle Betriebe der Kleider- und Wäschekonfektion wird die Führung von Lohnbüchern vom 1. April 1903 ab vorgeschrieben. In die Lohnbücher sind auch die Bedingungen für die Gewährung von Kost und Wohnung einzutragen, sofern Kost oder Wohnung als Lohn oder Teil des Lohnes gewährt werden sollen.

Die Bündholzfabrikanten im Thüringer Walde schilfern in einer Eingabe an den Bundesrat die Einführung des geplanten Verbotes der Phosphorzündhölzer von den erschrecklichsten Folgen. Dadurch werde der wirtschaftliche Ruin Tausender herbeigeführt, während die Gefahr der Phosphornebelose „ganz harmlos“ sei. Natürlich die Gesundheit Tausender von Arbeitern kimmert diese Herren wenig, wie es überhaupt unverständlich ist, von dem Ruin Tausender zu sprechen, da doch nach wie vor Bündhölzer, wenn auch ohne Phosphor, hergestellt werden. Würde die Regierung die paar Schreier mit einigen Millionen Mark Entschädigung abspesen, o, dann würde kein Unternehmer das Verbot beklagen. Das gleiche Schauspiel hätten wir von den 22 deutschen Bleiweißfabrikanten, sobald die Regierung sich zu einem Bleiweißverbot ermannen würde.

In Wien befinden sich über 3000 Schneider der Konfektionsbranche mit ihren Meistern im Auslande. Verhandlungen zur Beilegung des Streiks sind durch den Oer-Gewerbeinspektor eingeleitet worden.

Die Festnummer des Steinsegerverbandes anlässlich seines 10jährigen Bestehens, auf die wir kürzlich aufmerksam machten, liegt nun vor und enthält eine ausführliche Geschichte von der Entwicklung und der Wirksamkeit dieser Organisation.

Die Zentralvorstände des Maurer-, Zimmerer- und Bauarbeiterverbandes haben einen Kartellvertrag vereinbart, vorbehaltlich der Genehmigung der Ende März in Berlin stattfindenden Generalversammlung der drei Organisationen. Das Kartell soll sich erstrecken auf gemeinsame Verständigung in tatsächlichen Fragen, bei Lohnbewegungen und Streiks, Festsetzung einheitlicher Normen für Beitragsleistung und Streitunterstützung usw.

Eine Reform des Krankenkassengesetzes soll geplant sein und ein diesbezüglicher Gesetzentwurf dem Reichstage demnächst zugehen. Die Reform soll sich darauf beziehen, die Unterstützungsdauer allgemein auf 26 Wochen auszudehnen, um so die Krankenunterstützung unmittelbar an die Invaliditätsunterstützung anzuschließen, welche bekanntlich nach der 26. Woche Arbeitsunfähigkeit in Kraft tritt. Weiter soll die Unterstützung von Wöchnerinnen auf sechs Wochen nach der Entbindung ausgedehnt werden. Endlich soll noch geplant sein, den Frauen die bisherige Befugnis, durch statutarische Bestimmung Geschlechtskrankte von der Unterstützungsberechtigung auszuschließen, zu nehmen.

Das deutsche Volks Einkommen im Jahre 1900 berechnet E. G. May im Januarheft des Schmollerschen Jahrbuchs und vergleicht es mit dem Volks Einkommen des Jahres 1895, das er schon im Januarheft 1899 berechnet hatte. May kommt zu folgenden Resultaten: Das deutsche Volks Einkommen ist von 25,4 Milliarden Mark im Jahre 1895 auf 31,2 Milliarden Mark im Jahre 1900, also um 5,8 Milliarden oder 22,8 Prozent gestiegen — bei einer gleichzeitigen Bevölkerungszunahme um 7,8 Prozent. Dieses Plus verteilt sich jedoch recht ungleichmäßig. Die Einkommen unter 3000 Mark sind von 19,5 auf 22,9 = 3,4 Milliarden Mark oder 17 Prozent gestiegen, während die Einkommen über 3000 Mark von 9,5 auf 8,3 = 2,4 Milliarden Mark oder 41 Prozent gestiegen sind. Auf die oberen Einkommen entfallen rund 1,1 Milliarden mehr und auf die unteren ebensoviel weniger als bei gleichmäßiger Verteilung des Gesamteinkommens. Im Jahre 1895 machten die Einkommen unter 3000 Mark 76,8 Prozent des Gesamteinkommens aus, im Jahre 1900 nur 73,4 Prozent. Man schließt aus der unverhältnismäßigen Steigerung der oberen Einkommen, daß der Unternehmerrfolg in stärkerem Maße gestiegen ist als der Arbeitslohn. Die Steigerung des Lohnes im Einkommen der Arbeiter

lichen Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten berechnet May für die Jahre 1890—1900 pro Kopf des Versicherten auf 9,27 Prozent. Der Gesamtlohn der Versicherten ist von 7,3 auf 8,8 = 1,5 Milliarden Mark oder 21,1 Prozent, die Zahl der Versicherten von 11,47 auf 12,71 = 1,24 Millionen Personen oder 10,8 Prozent gestiegen — bei einer gleichzeitigen Bevölkerungszunahme von 6,24 Prozent. Der Verdienst sämtlicher 1 1/2 Millionen erwerbsfähiger Kinder macht nach May's Berechnungen noch nicht den dreihundertsten Teil des Volkseinkommens aus, was den Verfasser veranlaßt, auszurufen: „Und solcher Lappalie wegen wird Gesundheit und Lebensfreude der heranwachsenden Generationen und damit gleichzeitig deren Leistungsfähigkeit vermindert!“

Fachgewerbliches.

Im Februar und März dieses Jahres werden durch Herrn Professor Dr. W. Sonne 2 bis 3 Ausbildungskurse für Weißbinder, Maler und Lackierer (Meister und ältere Gesellen) im Dienstgebäude der Großh. am neuen Prüfungsort für die Gewerbe in Darmstadt (Härtichstraße 56) abgehalten werden.

Die Kurse finden statt in der Zeit vom 16. bis 20. Februar, vom 2. bis 6. März und erforderlichenfalls vom 9. bis 13. März 1903.

In denselben wird gelehrt: Das Auffärben von Farbstoffen auf massive Hölzer, das Braun- und Schwarzfärben derselben, das Ornamentieren von künstlich aufgemachtem Eichenholz, das künstliche Ummachen von Eichenholz, das selbstständige Anarbeiten von Farbvorrichtungen, das Lackieren und Lasieren der gefärbten und geschliffenen Hölzer.

In jedem Kurs können sich 12 Teilnehmer beteiligen. Dieselben haben den Nachweis fachgewerblicher Ausbildung zu erbringen und müssen das 20. Lebensjahr bereits überschritten haben. Ausnahmen von letzterer Bedingung können nur in besonderen Fällen gemacht werden. Die Kurssteuerner haben mitzubringen: 1. den „Farsenordner“ von H. Kreuzer (zu beziehen durch die Bergsträßische Buchhandlung in Darmstadt, Preis 1 M.); 2. zwei Quarthefte zu je 30 Seiten; 3. einen Felschpinsel Nr. 24 D.M.G.M. 88205 (zu beziehen durch F. Harter, Darmstadt, Schützenstraße). Diese Gegenstände sind auf Wunsch auch in dem Unterrichtsraum zum Verkauf zu erhalten. Alle übrigen Materialien werden kostenlos zur Verfügung gestellt. Proben der gefärbten Hölzer können nach dem Ermessen des Kursleiters mitgenommen werden.

Die Unterrichtsstunden sind von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags festgesetzt.

Das Unterrichtsgeld (5 M) ist zu Beginn des Kurses mittags von jedem Teilnehmer zu entrichten.

Auswärtigen unbemittelten Teilnehmern kann auf Verlangen entsprechender Zeugnisse das Unterrichtsgeld erlassen werden und es kann denselben einmalige Fahrt und Rückfahrt dritter Wagenklasse vergütet oder eine Beihilfe bis zu zwei Mark täglich zur Bestreitung der Kosten des Aufenthalts in Darmstadt bewilligt werden.

Die eingehenden Gesuche um Zulassung zu diesen Kursen, welche baldmöglichst, spätestens aber bis zum 7. Februar dieses Jahres an die unterzeichnete Behörde zu richten sind, werden in der Reihenfolge des Einlaufs berücksichtigt; jedoch werden solche von Mitgliedern des Landesgewerbevereins bevorzugt.

Darmstadt, im Januar 1903.
Großh. Zentralkasse für die Gewerbe.
No. 4.

Vom Ausland.

Gegen die österreichischen Gewerkschaften richtete sich ein Erlass des Ministeriums, der behauptet, daß die gesamten Gewerkschaften energisch bekämpft werden. In den letzten Jahren haben die österreichischen Gewerkschaften, um die Organisationen zu befestigen, das Unterstützungswesen ausgebaut. Reiseunterstützung zahlen sehr viele Gewerkschaften, einige haben auch die Arbeitslosenunterstützung eingeführt; unsere Bruderorganisation zählt bekanntlich Reise- und Krankenunterstützung. Das ist der Punkt, wo die österreichischen Behörden den Hebel ansetzen wollen, um der Gewerkschaftsbewegung, dem Wunsche der Unternehmer gemäß, das Leben schwer zu machen. Während die Gewerkschaften dem österreichischen Vereinsgesetz von 1867 unterstehen, gibt ein anderes Gesetz aus dem Jahre 1852 den Behörden ein weitgehendes Aufsichtsrecht über gewisse Arten von Vereinen geschäftlicher Natur, darunter auch solche, welche Versicherungsgeschäfte betreiben. Gestützt auf dieses Gesetz hat der Minister des Innern die Landesbehörden angewiesen, genau darauf zu achten, daß Vereine, die gegen bestimmte Beiträge bestimmte Geldleistungen festsetzen, wie dies bei den Gewerkschaften der Fall ist, auch jederzeit die zur Erfüllung dieser Leistungen erforderlichen Mittel zur Verfügung haben. Damit erhält also die Behörde ein Aufsichtsrecht über alle Gewerkschaften mit Unterstützungsvereinigungen. Der Minister läßt zwar erklären, daß die Gewerkschaften nichts zu befürchten haben, wenn sie nur den versicherungstechnischen Anforderungen entsprechen oder die Verpflichtungen zu bestimmten ziffermäßigen Geldleistungen vermeiden, aber die Gewerkschaften trauen dem Frieden nicht. Sie fürchten mit Recht, daß der Erlass des Ministers, wenn es auch kein direktes Eingreifen der Behörden zu Ungunsten der Gewerkschaften bedeutet, doch dazu benutzt werden kann und in vielen Fällen auch benutzt werden wird, um die Gewerkschaften geistlich-moralisch unter polizeiliche Aufsicht zu stellen. Eine Protestbewegung aller Gewerkschaften gegen den Ministerialerlass ist im Gange.

Unser österr. Bruderverband zählt zwar nach dem „Dekorateur“ noch eine beschriebene Mitgliederzahl, doch kann auch er berichten, daß er gegen das Vorjahr vorwärts geschritten und an Boden gewonnen hat. Viel hätten dazu die Beschlässe des letzten Verbandstages, insbesondere die Bewegung für Abschaffung des Bleiweißes, beigetragen. Agitatoren habe sie viel genützt und erhoffen unsere Kollegen auch von dieser Aktion praktische Erfolge. Es sei gelungen, einen größeren Kreis auf die so viele Opfer kostenden Bleiweißarbeiten aufmerksam zu machen. Das will in Österreich schon etwas heißen, noch dazu wenn man bedenkt, mit welchen ungeheuerlichen Schwierigkeiten unsere Kollegen bei der Agitation zu kämpfen haben.

Litterarisches.

Soeben ist der 12. Halbjahresband der illustrierten Romanbibliothek „In freien Stunden“ bei der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Die stätliche Reihe der bisher erschienenen Bände und die zahlreichen Freunde, die das

Unternehmen gewonnen hat, liefern den besten Beweis, daß es dem Verlage gelungen ist, die Schulbibliothek aus den Arbeiterkreisen mehr und mehr zu verdrängen. Mit dem 1. Januar begann ein neues Abonnement mit dem dramatischen Roman „Der Goldmensch“ von W. Tokai. Abonnements nehmen alle Kolporteurs und jede Buchhandlung entgegen. Anschließende werden auf Verlangen gern gratis geliefert. Die Nummern 1 bis 4 liegen bereits vor.

Von der „Mitte“, Zeitschrift für das Volk und seine Jugend (Dresden, Verlag S. Waisfisch) ist soeben das zwanzigste Heft erschienen mit der Kunstbeilage: Hans Holbein der Jüngere: Porträt der Frau und zweier Kinder von Hans Holbein. Wir können unseren Lesern diese gediegene Zeitschrift nur bestens empfehlen. Der Preis jeder 14tägig erscheinenden Nummer beträgt 25 A.

Eingefandt.

In der Zeit, wo ich als Verwaltungsmittglied der Filiale tätig bin, ist es mir wiederholt aufgefallen, daß Kollegen, welche sich krank melden, sich beschweren, daß sie das ärztliche Attest, welches vom Hauptvorstand verlangt, bis zu 2 A bezahlen müssen. Geseht den Fall, das Mitglied ist arbeits- und mittellos, wer gibt dem Mitglied die Mittel für das ärztliche Attest? Wird er ja kein Krankengeld beziehen kann. Läßt sich denn das betreffende Statut nicht in der demnächst stattfindenden Generalversammlung ändern? Angenommen, ein einjähriges Mitglied ist eine Woche krank, dafür erhält er 3 A Unterstützung; von diesen 3 A bezahlt er 2 A bei der Krankmeldung dem Arzt. Bei Gesundmeldung muß bekanntlich der Krankenschein vom Krankenkassenstand oder Arzt unterzeichnet sein. Weigert sich nun der Kassenstand, den Schein zu unterzeichnen, so ist der Kollege gezwungen, wieder zum Arzt zu gehen und für die nackte Unterschrift mindestens 1 A zu bezahlen. Könnte denn nicht die Beglaubigung des Bevollmächtigten und Kassierers genügen, die doch so wie so das Vertrauen des Hauptvorstandes haben müssen? Wir müssen eine diesbezügliche Verhandlung einleiten lassen, deshalb möchte ich bitten, daß unsere Kollegen über diese Fragen nebst angeführten Gründen nachdenken. Denn wie es die Ärzte in Solingen machen, machen es auch die Ärzte an anderen Orten, wo Filialen sind, und den Kollegen ist es jedenfalls auch schon an anderen Orten passiert.

Solingen.

Carl Schneider.

(Soweit uns bekannt, haben die Kassenbeamten die Krankenscheine in all den Filialen, wo sie darum ersucht wurden, bereitwillig kostenlos unterzeichnet oder abgestempelt. D. Red.)

Angesichts der vom Vorstande beabsichtigten Aufhebung der Arbeitslosen-Unterstützung bin ich gezwungen, ein gutes altes Schlagwort der Vereinigung auszugraben. Ich muß dem Vorstande sagen, daß wir „nur Kampforganisation“ sind und auch bleiben müssen.

Man hat bazumal den Widerstand gegen Unterstützungen mit dem Beweise, daß sie praktische Kampfmittel seien, gebrochen. Daß Reize- und Kranken-Unterstützung, letztere soweit sie praktisch als Arbeitslosenunterstützung wirkt, Kampfmittel sind, dafür will ich mir den Beweis sparen. Sie wurden ja auch nur als Nothelfer für die Arbeitslosenunterstützung eingeführt. Diese selbst ist wie keine andere Versicherung geeignet, uns im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unterstützen. Mit ihr allein sind wir in der Lage, den Arbeitsnachweis zu erobern. Wir können damit das Anbieten der Kollegen beim Umschauen, das der Weitelei gleich, verhindern oder wenigstens vermindern und die Abschließung eines jeden Arbeitsvertrages kontrollieren. Erst dann kann uns unsere Organisation dauernde Vorteile sichern, weil wir dann das Angebot der Arbeitskräfte beherrschen.

Aber auch in anderer Hinsicht ist die Arbeitslosenversicherung zu einer brennenden Frage geworden. Das drohende Gespenst der Arbeitslosigkeit ist das Mittel, mit dem die

Lohnarbeiter im Allgemeinen, aber Niemand so wie wir Maler und Anstreicher unter die Kräfte des Unternehmers gezogen werden. Bei uns hat die Unsicherheit des Erwerbeseinkommens zu einer schweren moralischen Krankheit geführt. Was bei anderen Arbeiterkategorien noch als Schleichheit gilt, wird bei uns schon mit der „Magenfrage“ entschuldigend. Unfähig fühlen viele von uns ins Lumpenproletariat hinab; viele sind infolge geistiger Degeneration schon organisationsunfähig.

In unserem eigenen Interesse liegt es, diesem Uebel durch die Arbeitslosenversicherung zu begegnen und da handelt es sich vor allem um die Durchführbarkeit. Zunächst will ich meinen Vorschlag folgen lassen.

Ich gehe von der Voraussetzung aus, daß 20 Prozent der Mitglieder in den drei Wintermonaten voll ausgeteert werden müssen. Der Beitrag für 40 Sommerwochen beträgt 60 A = 24 A jährlich; bleibt ein Ueberschuß für Arbeitslosenversicherung von 10 A Plus ersparter Reise-, Kranken- und Sterbeunterstützung. Damit können wir eine Arbeitslosenunterstützung von durchschnittlich 50 A zahlen. Daß wir diese nach Dauer der Mitgliedschaft sowohl in Bezug auf tägliche Höhe als auch auf Zeitdauer regeln können, ist selbstverständlich. Die erhöhten Beiträge sind schon für 1903 zu zahlen und mit dem Winter 1904/05 tritt die Unterstützung ein. Die Hauptkasse hätte für dieselbe dann einen Fonds gesammelt, der bei einem Mitgliederbestand von 13 000 260 000 A betragen würde.

Mit Inkrafttreten der Arbeitslosenversicherung hören die Reise-, Kranken- und Sterbeunterstützung auf. Die dadurch ersparten Gelder können, soweit nötig, zur praktischen Durchführung (Verwaltung, Kontrolle etc.) verwendet werden.

Dies mein Vorschlag, der selbstverständlich in den Einzelheiten der Ausarbeitung bedarf. Ich glaube damit, selbst wenn meine Voraussetzung nicht ganz stimmen sollte, den Beweis erbracht zu haben, daß die Arbeitslosenversicherung auch möglich ist. Daß sie ein brennendes Bedürfnis ist, darin sind mit mir wohl alle Kollegen einig. Doch „ganz, Freund, ist alle Theorie“, mit einem Kapital von 250 000 A zahlen wir den Winter 1904/05 Arbeitslosenunterstützung, dann kommt die Generalversammlung 1905. In derselben wird uns eine vollständige Arbeitslosenstatistik vorgelegt werden, damit können wir weiterarbeiten.

Für die Frauen- und Kinderversicherung sind wir nicht zu haben.

Briefkasten.

Friedrichshain. W. W. Besten Dank. Hoffentlich geht's nun wieder besser.
Neustadt a. S. W. Du mußt angeben, welche Nummer vom vierten Quartal es sein soll. Von hier aus werden die Zeitungen pünktlich abgeandt. Erlaubige Dich einmal bei der Post.

Berichtigung. Im Adressenverzeichnis der Bevollmächtigten in voriger Nummer muß es heißen bei:
Greifswalde: E. Müller, Reichstr. 29.
Görlitz: B. Kircke, Salomonstr. 44.
Ludwigshafen: statt Bismarckstraße 10 Bismarckstraße 60.

In Harburg wird die Reiseunterstützung von jetzt ab durch den Kollegen Paul Pilotat, 2. Bergstr. 28, ausbezahlt und zwar von 6-8 Uhr Werktags und von 12-1 Uhr Sonntags.

Vereinstell.

Bekanntmachung.

Sämtliche Angelegenheiten, welche die Agitation in Thüringen betreffen, sind von jetzt an an den

Unterzeichneten zu richten, da die Agitations-Kommission in Erfurt nicht mehr besteht.

Der Vorstand.

Quittung.

Vom 19. bis 26. Januar ging bei der Hauptkasse ein: Herne Mt. 72 50, Detmold 5 35, Sügeheim 12 21, Celle 7 50, Wchn. 13 32 270, Wchn. 1133 - 45, Wchn. 10210 1 95, Wchn. 18191 1 05, Wchn. 24254 1 65.

Zuschüsse wurden abgeandt: Soest Mt. 30.-, Ludwigshafen 40.-, München Gladbach 30.-, Liegnitz 20.-, Halberstadt 25.-, Colmar 30.-.

Trotzdem ich in Anbetracht der im Frühjahr stattfindenden Generalversammlung ersuche, die Abrechnung vom 4. Quartal pünktlich einzuheben, ging bis jetzt dieselbe von folgenden Filialen nicht ein: Wschersleben, Meckfeld, Duisburg, Friedberg, Glenewitz, Sügeheim, Birna, Rudolfsstadt, Saalfeld. Geht bis zum 3. Februar die Abrechnung von oben Filialen nicht ein, wird der „Vereins-Anzeiger“ nicht mehr gesandt.

H. Wentker, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse

der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands.

(Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassierers vom 18. bis 24. Januar 1903.

Ueberschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingehandt von Scheid Hamburg (Varmbeck) Mt. 50.-, Stingl-Ansbach 100.-, Wöber-Darmstadt 70.-.

Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgeandt an Hansen-Berlin N. Mt. 600.-, Gallmann-Bremerhaven 100.-, Buch-Schleswig 50.-, Klauzmann-Dagerheim 100.-, Cohrs-Berlin W. 400.-, Bauer-Cassel 100.-, Bunschuh-Gmünd 50.-, Kratz-Volda 35.-, Rudolf-Mannheim 100.-, Luck-Remscheid 50.-, Kaiser-Neustadt a. S. 100.-, Böhm-Berita SW. 300.-, Keltner-Dortmund 180.-, Jaacks-Harburg a. E. 50.-.

Krankengelder erhielten Wchn. 1833, W. Mann in Ekelin Mt. 12 90; Wchn. 1107, F. Gleimius in Neumünster 19 35; Wchn. 18126, C. Bauch in Delfenhorst 12 90; Wchn. 8751, B. Koch in Niederrodenbach 12 90; Wchn. 11372, S. Sehncke in Bremen 248.- (Krankenhaus); Wchn. 15667, B. Wenger in Gailsbach 12 90; Wchn. 5669, R. Schmidt in Stolp in Pommeren 10 75; Wchn. 17663, H. Buchholz in Paese 2 40; Wchn. 11236, R. Pasch in Neberlingen 20.- (Krankenhaus); Wchn. 17078, H. Wieser in Bergen auf Rügen 12 90; Wchn. 17319, B. Südstadt in Franzburg 12 90; Wchn. 14582, S. Schäffer in Blankenhein i. Thüringen 4 30; Wchn. 13433, W. Schwandt in Elmshorn 15 05; Wchn. 9275, C. Fehnde in Bargtebeide 12 90; Wchn. 6649, S. Thiering in Lüdenscheid 25 80.

Dem Mitglied Heinrich Schmidtsdorf ist sein Mitgliedsbuch Nr. 10461 in Hamm i. W. abhanden gekommen. Dasselbe wird für ungültig erklärt. Sollte das Buch in einer Verwaltungsstelle gezeigt werden, dann ersuche ich, dieses anzuhalten und um Mitteilung.

Die neuen Plakate sind an alle Verwaltungen versandt worden. Sollte eine Verwaltung keine erhalten haben, dann bitte ich um Mitteilung.

Im Reglement des Schiedsgerichts der Zentral-Kranken- und Sterbekasse, veröffentlicht in den Nrn. 1 und 2, muß es im Abs. 3 heißen: Die Entscheidungen des Schiedsgerichts. Der Druckfehlerentfessel machte Entschädigungen daraus.

F. S. Wulle, Hamburg-Uhlenhorst, Humboldtstr. 57.

Anzeigen.

Achtung für Maler!

Wegen Uebernahme eines anderen Geschäfts, durch Zufall ein seit circa 30 Jahren bestehendes

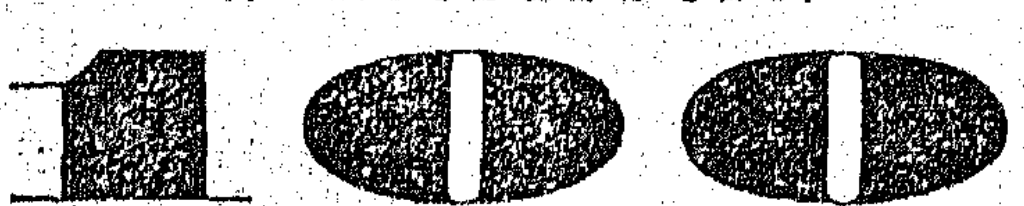
Maler und Tapezier-Geschäft mit vollem Inventar sofort zu verkaufen. Carl Crensfeld, Malermeister, Schönberg i. M. Str.

Filiale Charlottenburg.

Unser Verkehrslokal befindet sich jetzt im neuerbauten Volkshause, Rosinenstr. 3 vorn part. und finden daselbst die Zahlstunden jeden Freitag, Abends von 8 bis 10 Uhr, statt. Die Wohnung des Bevollmächtigten Otto Flemming befindet sich Schillerstr. 71 und die des Kassierers Franz Trömert, Sophie Chruostenstr. 107. Beim Bekommen sind alle Frankmeldungen sofort zu erstatten. Die nächste Filialversammlung findet am Mittwoch, 11. Febr. im „Volkshause“ statt.

A 320) Die Filialverwaltung.

Winterarbeit!



Schablonen

(für 1903 nur Neuheiten ersten Ranges) in tabelloser, gediegen, reichhaltig, durchaus praktisch, leßere ich ausschabl. auf 1a Schablonenpapier zum Selbstschneiden für nur 10 Mt. Dasselbe geschlitt. 28 Mt. Nachnahme und zwar: 10 kompl. Decken für Salon, 3 Wohn-, Speise- und Schlafz., 3 Wände, 12 Spiegelverz., 15 Vorhänge, 20 div. Ecken, Mitten, Rosetten u. Kuff. für Türen, Möbel, Lambries etc.

Preisliste über sämtl. Malerart. gratis. Gustav Wolke, Leipzig, Palmstr. 14. Schablonenfabrik, Spezialgesch. f. Malerart.

Berliner Maler-Schule

für sachgemäße Ausbildung in Ornament, Blumen, Früchten, Stilleben, Emblemen, Figuren etc. etc. Ganz besonderes Augenmerk wird auf größte Praktik und einfache Technik gelegt. Tagesunterricht vom 15. Oktober bis 15. März, per Semester 150 Mark. Unserer Maler Schule sind mehrere Erste Preise, Silberne Ehrenmedaillen und viele Anerkennungen für meisterhaft ausgeführte Malereien zuerkannt worden. Prospekte der Malerschule gratis und franko.

Carl Lange & Co., Berlin SW., Glöcknerstraße 94 a.

Dekorationsmaler, Atelier für alle Skizzen und Entwürfe.

Grosses Fremdenlogis

für alle Gewerkschaften und Reisende.

Restaurant H. Stramm

Berlin S., Mitterstr. 123.

Verkehrslokal der Kollegen der Filiale Berlin I.

Reichhaltiger Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch nach Auswahl bei billigsten Preisen.

Gewerkschaften, Vereinen und Krankenkassen stehen 2 Vereinszimmer (20 und 60 Personen) zur Verfügung.

Bestes franz. Billard 40 Bfg. pro Stunde. Für gute und reelle Bedienung ist gesorgt.

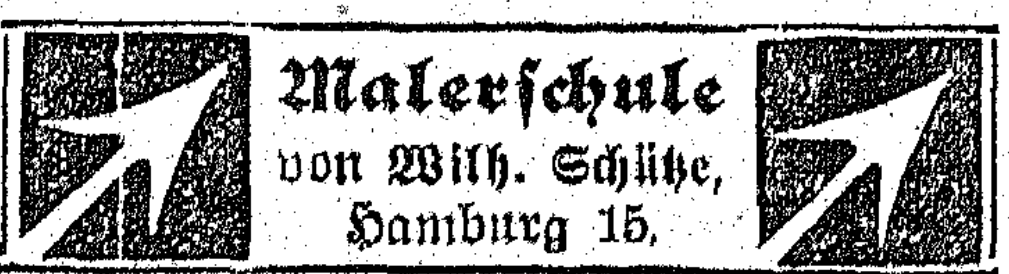
Neu! Es erschien im Selbstverlage:

Neue Holz- und Marmormalereien

zum Selbstunterricht nach eig. Original-Methode.

1. Serie: „Neue Holzmalereien“, nur 20.-; 2. Serie: „Neue Marmormalereien“, nur 22.-

Hamburger Holz- und Marmor-Schule von Fr. Weiershausen, Hamburg, Lindenstraße 19.



Malerschule von W. Schütte, Hamburg 15.

Selbstunterricht in der Holzmalerei

150 Vorlagen, erste Spezialität in Natur-Farbdruk, mit leicht fasslicher Anleitung, sind für den billigen Preis von nur 10 Mt. zu beziehen von

Aug. Dittomeyer, München, Maler Morawitzstraße 8, II, links.

Achtung! Winterarbeit!

Für jeden Maler ist es leicht, unbedingt ähnliche **grosse Porträts** mit Hilfe meiner **Photogr. Vergrößerungen auf 1a. Zeichenpapier** nach j. Photographie herzustellen. Preise wie folgt: 35/45 = 1.50 Mk. Kreidausführung 4.- Mk. 45, 55 = 2.- „ „ „ 5.- „ 55, 65 = 2.50 „ „ „ 6.- „

Verlangen Sie Prospekte gratis.

Aquarell, Pastell, Oelmalerei. Porto u. Packung 50 Pfg. Schnellste Lieferung.

Franz Fischer, Kunstanstalt, Berlin SO 16, Michaelkirchstrasse 39

Kittel für Maler aus bestem Nessel. - Nur eigenes Fabrikat!

Auf der Schulter zu knüpfen:

Oberweite	88 bis 104 cm	110	125	135 cm lang
per Stück	Mark	1.80	2.-	2.25
Oberweite	108 bis 116 cm	2.10	2.25	2.50
Worn zum Schließen mit Umlegeknöpfen:				
Oberweite	88 bis 102 cm	110	125	135 cm lang
per Stück	Mark	2.70	2.90	3.15
Oberweite	104 bis 116 cm	2.80	3.-	3.25

D. Wurzel & Co., Berlin, Brückenstraße 10 b, I.

Amorellen, Malvorlagen Blumen, Landschaften, Früchte etc.

20 Blatt A 3.-, 40 Blatt A 5.-, franko, naturgetreu.

Gebr. Brühl, Hamm i. Westf. Parkstraße 5.

Restaurant „Sondermann“ Hamburg-St. Georg, Stifftstr. 52.

Verkehrslokal der Vereinigung der Maler. Zahlstelle der Zentralkranken-Kasse.

Bürgerlicher Mittagstisch von 12-2 Uhr und Abends von 6-8 Uhr.

R. Zerna, Malerartikel, Stuttgart, Reichstraße 7.

Spezialität: Pinsel, Blasfondbürsten, Zeichnungen, Schablonen etc.

Nachruf!

Nach längerer Krankheit verstarb am 21. Januar unser Kollege Reinhold Tschampel.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm die Zahlstelle Dresden. [M 2.]

Der „Vereins-Anzeiger“ erscheint wöchentlich freitags, für die Mitglieder der Vereinigung unentgeltlich. Im Abonnement kostet derselbe für Deutschland und Oesterreich 1.20 A pro Exemplar, für das übrige Ausland 1.50 A, durch die Post bezogen, 1.20 A. - Anzeigen kosten die 4 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 A, Vereinsanzeigen 20 A die Spalte. Der „Vereins-Anzeiger“ ist im Postverzeichnis der Reichspost für 1903 unter Nr. 8033 eingetragen.

Der heutige Nummer liegt die Nr. 3 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten und Vertrauensleute bei.

Für die Redaktion verantwortlich M. Mart, Hamburg, Schmalenbeckerstr. 17. Verlag von H. Wentker, Hamburg 22. Druck von Fr. Meyer, Hamburg 23.